

BR/GT I/75 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

UNTERGRUPPE "AUSFUEHRUNGSORDNUNG"

DER ARBEITSGRUPPE I

Betrifft: Bemerkungen des "Instituts International des Brevets"
zu den Ausführungsvorschriften zu Artikel 70, Nr. 1

Das "Institut International des Brevets", das durch die Anwendung der Vorschriften über die Einheitlichkeit der Erfindung, insbesondere der Vorschriften über Patentansprüche verschiedener Kategorien direkt betroffen wird, gestattet sich der Untergruppe I folgende Bemerkungen zu unterbreiten:

1. Das "Institut International des Brevets" hält es für zweckmässig zunächst das Verhältnis klarzustellen, in welchem die Vorschriften von Artikel 70 des Uebereinkommens zu den ihnen zugeordneten Vorschriften der Ausführungsordnung stehen. In dieser Hinsicht erscheint es weder angebracht noch zutreffend, die Vorschriften der Ausführungsordnung als Auslegungsregeln zu Artikel 70 zu verstehen und sie dementsprechend zu formulieren. Es verhält sich nämlich so, dass jede Mehrzahl unabhängiger Ansprüche, gleichgültig welchen Kategorien sie angehören, nach den Umständen des Einzelfalls mehrere allgemeine erfinderische Ideen enthalten kann.

Umgekehrt dürfte es unmöglich sein a priori festzustellen, dass diese oder jene Reihe von Ansprüchen einer Anmeldung notwendig eine Mehrzahl allgemeiner Erfindungsgedanken einschliesst.

Das "Institut International des Brevets" folgert hieraus, dass der Gegenstand der Regel Nr. 1 zu Artikel 70 mit dem von Artikel 70 des Uebereinkommens zwar verwandt, aber nicht mit ihm identisch ist. Verhält es sich so, dann trifft die von der britischen Delegation getroffene Feststellung dass "falls die Ausführungsbestimmung Ansprüche zuliesse, die nicht durch eine einzige erfinderische Idee verbunden sind, so bedeutet dies eine Erweiterung der Tragweite des Artikels 70" (BR/GT I/64/70) nicht nur auf den vorläufig angenommenen Text zu, sondern auf jede mögliche Aufzählung von Ansprüchen verschiedener Kategorien, sofern eine solche Aufzählung als Auslegungsregel zum Text des Uebereinkommens aufgefasst wird.

Das "Institut International des Brevets" ist jedoch der Meinung, dass eine derartige Konsequenz ohne weiteres zu vermeiden wäre, wenn der Regel der Ausführungsordnung eine Fassung gegeben würde, die eine Ueberschneidung mit Artikel 70 des Uebereinkommens ausschliesst. Dieser Zweck könnte durch folgende Fassung des einleitenden Satzteiles der Regel Nr. 1 zu Artikel 70 erreicht werden: "Unbeschadet der Vorschriften von Artikel 70 des Uebereinkommens kann ein und dieselbe europäische Patentanmeldung insbesondere enthalten"

Eine derartige Fassung würde im Übrigen die Gefahr ausschliessen, dass die rangniedrigeren Vorschriften der Ausführungsordnung insoweit als unwirksam beurteilt werden könnten, als sie mit dem Text des Uebereinkommens unvereinbar oder als diesen Text Ändernd erscheinen würden.

2. Ausgehend von der Auffassung, dass es nicht der Zweck der Regel Nr. 1 zu Artikel 70 sein kann, die Vorschriften von Artikel 70 des Uebereinkommens auszulegen oder ihre Tragweite zu ändern, glaubt das "Institut International des Brevets", dass diese Regel vor allem dazu dienen sollte, sicherzustellen, dass die Anzahl und die Verschiedenartigkeit der in einer Anmeldung enthaltenen Ansprüche ein vernünftiges Mass nicht überschreitet.

Es mag in dieser Hinsicht aufschlussreich sein, dass die wenigen Gesetzgebungen, die ausdrückliche Vorschriften zu dieser Frage enthalten, erheblich einschränkender sind als der von der Gruppe vorläufig gebilligte Text. So sieht z.B. das "nordische Einheitsgesetz" in Sektion 15 vor, dass eine Patentanmeldung neben einem Hauptanspruch für ein Erzeugnis Ansprüche für eine einzige Vorrichtung und/oder ein einziges Verfahren zur Herstellung des Erzeugnisses einschliessen kann. Bezieht der Hauptanspruch sich auf ein Verfahren, so kann er durch Ansprüche für eine einzige Vorrichtung zur Ausführung des Verfahrens ergänzt werden.

Demgegenüber lässt etwa Artikel 52 des schweizerischen Patentgesetzes zwar eine grössere Vielfalt von Ansprüchen verschiedener Kategorien zu, beschränkt die Höchstzahl der Ansprüche jedoch auf vier.

Unter diesen Umständen hat das "Institut International des Brevets" gewisse Schwierigkeiten, sich von der Zweckmässigkeit einer Regel zu überzeugen, die es in auffälliger Abweichung vom Durchschnitt der bislang auf nationaler und internationaler Ebene eingeführten Texten ermöglicht, in ein und dieselbe Anmeldung vielfältige Ansprüche in theoretisch unbeschränkter Zahl aufzunehmen. Das "Institut International des Brevets" glaubt vielmehr, dass es dem Interesse einer ordnungsgemässen Verwaltung wie auch dem Interesse der Anmelder entspricht, dass einheitliche Kriterien auf die nach dem PCT eingereichten internationalen Anmeldungen und auf europäische Patentanmeldungen angewendet werden.

Das "Institut International des Brevets" schliesst sich daher den übrigen bereits von der britischen und der schwedischen Delegation dargelegten Argumenten an und unterstützt - soweit es sich um die Aufzählung der selbständigen Patentansprüche verschiedener Kategorien handelt, die in einer Anmeldung zusammengefasst werden können - den Vorschlag dieser Delegationen, der auf eine Angleichung der Regel Nr. 1 zu Artikel 70 an die Regel 13-2 der Ausführungsordnung zum PCT abzielt.
